

Hessen hat Platz – geflüchtete Minderjährige aus Griechenland aufnehmen!

Am fehlenden Platz liegt es nicht. Hessen muss endlich Aufnahmezusagen machen.

Nicht erst seit der Corona-Krise leiden unbegleitete Minderjährige unter der katastrophalen Situation in Griechenland. Nun droht eine Tragödie, wenn nicht schnell gehandelt wird. Hessen kann Ad-Hoc helfen.

Die Jugendhilfe in Hessen hat teils jahrzehntelange Erfahrungen und fachliche Kompetenzen in der Versorgung und Betreuung junger geflüchteter Menschen. Nach dem Rückgang der Zugangszahlen verfügt die Jugendhilfe über ausreichende Kapazitäten und bietet aufgrund der noch vorhandenen sehr guten Infrastruktur beste Voraussetzungen für eine nachhaltige Integration.

Allein vom 20.12.2019 bis 02.04.2020 ist die Zahl junger Geflüchteter in jugendhilferechtlicher Zuständigkeit in Hessen von 3.085 auf 2705 gesunken. Zahlreiche Plätze in Jugendwohngruppen sind damit erst kürzlich frei geworden.

Die große Mehrheit der in den Jahren 2015 und 2016 in Hessen aufgenommenen geflüchteten unbegleiteten Minderjährigen weist bereits beachtliche Integrationserfolge auf und lebt vielfach unabhängig von Transferleistungen.

Nun hat allerdings die dringend gebotene humanitäre Verantwortung Deutschlands Vorrang. Bürokratische Aufnahme- und Verteilverfahren dürfen jetzt keine Rolle spielen.

Der BumF hatte bereits Anfang Januar die hessischen Landtagsabgeordneten der SPD und der Grünen vergeblich gebeten, sich für die Aufnahme dieser besonders vulnerablen Personengruppe einzusetzen. Die Antworten der meisten Abgeordneten stehen bis heute noch aus.

Wir fordern die hessische Landesregierung auf, umgehend Aufnahmezusagen an den Bund zu machen. Kapazitäten sind vorhanden. Auch die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V. richtet heute eine entsprechende Forderung an die Landesregierung.

Ansprechpartner*innen:

BumF-Landeskoordination Hessen | Irmela Wiesinger & Henning Wienefeld | hessen@b-umf.de